



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

20. Wahlperiode – 32. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. März 2025, 10:00 Uhr,  
Eckener-Schule Flensburg, R. 402, Friesische Lücke 15, 24937 Flensburg

### **Anwesende Abgeordnete**

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender

Volker Nielsen (CDU)

Seyran Papo (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU)

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Eka von Kalben

Birte Pauls (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Dr. Michael Schunck (SSW), in Vertretung von Jette Waldinger-Thiering

### **Fehlende Abgeordnete**

Hauke Göttisch (CDU)

Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Mündliche Anhörung</b>	<b>4</b>
	<b>Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2308	
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2364	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3711	
<b>2.</b>	<b>Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029</b>	<b>16</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2964	
	<b>Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa</b>	<b>16</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/2988	
	<b>Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche</b>	<b>16</b>
	Alternativantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2991	
<b>3.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>17</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## 1. Mündliche Anhörung

### **Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und den Europaausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3711](#)

hierzu: [Umdrucke 20/4272](#), [20/4443](#), [20/4461](#), [20/4477](#), [20/4503](#), [20/4525](#)

### **Handwerkskammer Flensburg**

Celina Niehoff, Mobilitätsberaterin im Netzwerk „Berufsbildung ohne Grenzen“

[Umdruck 20/4461](#)

Frau Niehoff schickt vorweg, sie vertrete in der Verantwortlichkeit für die Austauschprojekte von Auszubildenden und jungen Fachkräften sowohl die Handwerkskammer (HWK) Flensburg als auch die HWK Lübeck, spreche also heute für die HWK Schleswig-Holstein. Diese sei sehr aktiv im deutsch-dänischen Austausch einschließlich Kooperationen in der Berufsbildung, beispielsweise in verschiedenen Erasmus-Plus-Projekten. Es fänden Praktikantenaustauschprojekte statt, in dem deutsche Auszubildende für Kurzzeitpraktika nach Dänemark entsandt würden und umgekehrt. Hinzu komme die Beteiligung an Kooperations- und Netzwerkprojekten.

Die HWK Schleswig-Holstein sehe insbesondere im Hinblick auf die Frage nach einem deutsch-dänischen Doppelabschluss und einer grenzüberschreitenden Berufsbildung viele Herausforderungen. Diese machten sich vor allem am Sprachdefizit fest, da nur wenige Aus-

zubildende auf deutscher Seite über Dänischkenntnisse verfügten. Für eine grenzüberschreitende Berufsausbildung müsse in Unterrichtseinheiten sowohl in Dänemark als auch in Deutschland teilgenommen werden.

Die zweite große Herausforderung bilde die Unterschiedlichkeit der Ausbildungssysteme. Um dem zu begegnen, sei sehr viel Kooperation zwischen den Kammern, den Schulen und den einzelnen Betrieben notwendig.

Es stelle sich angesichts des Konstrukts die Frage, ob eine Gesellenprüfung nur in Deutschland oder in Dänemark zu absolvieren wäre, um den Doppelabschluss zu erlangen. Mutmaßlich minderte die Anforderung, die Prüfungen zweifach zu absolvieren, die Attraktivität einer grenzüberschreitenden Berufsausbildung.

Frau Niehoff merkt ferner an, dass die Förderung einer grenzüberschreitenden Berufsausbildung im Hinblick auf den Fachkräftemangel nicht in eine einseitige Richtung gehen dürfe. Das Lohngefälle zwischen Deutschland und Dänemark sei eine Tatsache. Veranlasste es die deutschen Auszubildenden, komplett nach Dänemark abzuwandern, wäre es für deutsche Betriebe nicht attraktiv, dies zu unterstützen.

Frau Niehoff führt aus, schon jetzt könnte ein dänischer Geselle auf deutscher Seite oder ein deutscher Geselle auf dänischer Seite arbeiten. In einigen Berufen, zum Beispiel im Bereich der Elektrotechnik, gestalte sich dies schwieriger, doch könne zum Beispiel ein dänischer Zimmerer problemlos als Geselle in Deutschland arbeiten und umgekehrt genauso. Die Anerkennung des Gesellenbriefs auf der jeweils anderen Seite sei einfach möglich, da der dänische und der deutsche Ausbildungsberuf relativ ähnliche Inhalte hätten. Eine Ausnahme bilde die Meisterprüfung, also wenn jemand sich selbstständig machen wolle, doch gelte dies nicht einseitig für die dänische Seite, sondern auch für deutsche Gesellen.

Frau Niehoff trägt vor, dass die Kammer es für sehr positiv erachtete, würde die Sprache strukturell gefördert, um die Verständigung in der Grenzregion zu verbessern. Für das gegenseitige Kennenlernen lasse sich auf den Kurzeitaufenthalten aufbauen, die bereits stattfänden. Diese verstärkt zu fördern erscheine sinnvoll, um die berufliche Bildung im Handwerk in der Grenzregion attraktiver zu gestalten.

Abgeordneter Dr. Garg erkundigt sich, ob eine grenzüberschreitende Berufsausbildung auf Englisch möglich erscheine. Dänischkenntnisse beziehungsweise Deutschkenntnisse ließen sich seines Erachtens in einem weiteren Schritt berufsbegleitend erwerben.

Frau Niehoff antwortet von ErhvervsUddannelsesCenter Syd (EUC Syd) in Kooperation mit Danfoss sei ein englischsprachiger Ausbildungsgang Automatisierungstechniker (m/w/d) in Planung. Englisch lasse sich allerdings nur für bestimmte Berufe durchsetzen. Gerade im Handwerksbereich sehe sie Schwierigkeiten, da die Englischkenntnisse unter den Auszubildenden nicht ausreichend seien.

### **IHK Flensburg**

Mette Lorentzen

Frau Lorentzen von der IHK Flensburg formuliert den Anspruch, dass die Grenzregion in ganz Europa die attraktivsten Berufsausbildungen anbieten sollte. Es sei zweitrangig, ob die Ausbildung grenzüberschreitend oder erst einmal auf deutscher beziehungsweise dänischer Seite stattfinde. Wichtig sei ein integrierter deutsch-dänischer Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Schon jetzt könne die deutsch-dänische Grenzregion als eine der integrierterten grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte in ganz Europa gelten. Es werde nicht genug darüber gesprochen, dass nirgendwo sonst in Deutschland grenzüberschreitende berufliche Bildung so gut gelinge wie an der deutsch-dänischen Landesgrenze.

Frau Lorentzen stellt heraus, dass Sprache dabei kein Problem darstellen dürfe. Den jungen Leuten nördlich und südlich der Grenze dürfe nicht vermittelt werden, sie müssten erst einmal einen Sprachkurs absolvieren, um sich beruflich in Richtung der anderen Seite der Grenze zu orientieren. Wünschten junge Leute beispielsweise nach Spanien oder Italien zu gehen, träfen sie auch nicht auf derlei Vorbehalte. Seien auch die ersten Wochen einer Ausbildung in der jeweiligen Fremdsprache „brutal“, trete danach doch regelmäßig eine Besserung ein. Insgesamt brauche es für bestimmte handwerkliche Tätigkeiten keine vertieften Sprachkenntnisse, sondern Ausbilderinnen, Ausbilder und Auszubildende fänden eine gemeinsame Sprache, um beispielsweise zu vermitteln, wie ein Motor montiert werde.

Frau Lorentzen betont, sie spreche für die Bereiche Industrie und Handel, für die es wichtig sei, den Auszubildenden zuzutrauen, dass sie eine Ausbildung im deutsch-dänischen Kontext

bewältigen könnten. Auch die Betriebe müssten sich sozusagen zusammenreißen und möglichst auf Englischkenntnisse der Mitarbeiter zurückgreifen, um weiterhin Fachkräfte gewinnen zu können. Erasmus-Plus und Lehrkräfte als Multiplikatoren seien ein guter Weg, um grenzüberschreitende Praktikums- und Bildungsangebote zu bewerben. Schulmobilität gestalte sich oftmals einfacher als ein Praktikum während der betrieblichen Ausbildung. Ziel müsse es sein, drei- oder viermal so viele junge Menschen wie derzeit nach Dänemark zu schicken.

Frau Lorentzen geht auf das INTERREG-Projekt STARFORCE (Strong Talents Ready For Crossborder Education) ein, in dem es um die Entwicklung von Doppelabschlüssen für duale Berufsausbildungen nach dem Vorbild dualer Studiengänge gegangen sei. Bis 2020 sei dies modellhaft an den Beispielen Koch-, Einzelhandelsausbildung, Fachkraft für Lagerlogistik und IT-Administratoren exemplifiziert worden. Der Ausbruch der Coronapandemie habe es erschwert, für Mobilität in der dualen Ausbildung zu werben.

Wichtig zu wissen sei, dass der Fachkräftemangel nördlich der Grenze genauso gravierend wie in Schleswig-Holstein sei. Wenngleich es einen Wettbewerb gebe, müsse die Hauptsache sein, dass Fachkräfte der Region insgesamt erhalten blieben. Es gehe darum, gemeinsam Angebote zu schaffen. Das bereits angesprochene englischsprachige Angebot des EUC Syd sei ein gutes Beispiel in dieser Hinsicht, an dem bei einer Präsentation in der Kammer vor zwei Wochen zwei Flensburger Industriebetriebe Interesse bekundet hätten, um systematisch Fachkräfte aus dem osteuropäischen Raum hier in Ausbildung bringen.

Frau Lorentzen stellt fest, in Sachen Prüfungen und Schule sei man ausnahmsweise pragmatischer als die Dänen, die darauf bestünden, dass eine dänische Ausbildung auf dänischem Boden mit einer Prüfung abgeschlossen werden müsse. Hingegen werde die Kochausbildung seitens der IHK Flensburg in der dänischen Berufsschule Apenrade abgeschlossen, in dem nicht zwei, sondern vier Prüferinnen oder Prüfer dort die Prüfung abnahmen. Lösungen ließen sich also finden. Auch der in Dänemark geleistete Berufsschulunterricht werde pragmatisch anerkannt. Dazu gebe es gute Gespräche mit der Schulaufsichtsbehörde und dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB).

Auf eine Frage der Abgeordneten Wentzel nach der Teilnehmerzahl an grenzüberschreitenden Praktika und Erasmus-Plus und den Auswirkungen der Grenzschließungen während der Coronapandemie antwortet Frau Lorentzen, die damaligen Mobilitätsbarrieren und Quarantä-

neregeln hätten sehr einschränkend gewirkt, doch entfalle dergleichen hoffentlich für die Zukunft. Entscheidend sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wenn, wie zu Beginn des STARFORCE-Projekts, in Dänemark junge Leute keinen Ausbildungsplatz fänden, während auf der deutschen Seite der Grenze hunderte Lehrstellen frei seien. Sie veranschaulicht dies am Beispiel der Ausbildung von Köchinnen und Köchen. Seitdem sei auch in Dänemark der Bildungsmarkt zu einem Nachfragemarkt gekommen; es gebe viele junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz finden könnten. Die zukünftige Methode müsse sein, eine duale Ausbildung im deutsch-dänischen Kontext zu bewerben, sodass sie als attraktive Alternative neben Studien und ähnlichen Internationalisierungsangeboten erscheine.

Frau Niehoff schließt sich Frau Lorentzen darin an, dass die dänische Seite, beispielsweise das EUC Syd auch auf die Handwerkskammern zugekommen sei, weil sich keine praktischen Ausbildungsmöglichkeiten gefunden hätten. Es seien mehrere Projekte gestartet, um dänischen Auszubildenden anzubieten, den praktischen Teil ihrer Ausbildung in deutschen Firmen zu absolvieren. Die HWK Lübeck sei diesbezüglich sehr aktiv.

Abgeordneter Vöge fragt, wie viele Auszubildende aus Dänemark es auf der deutschen Seite gebe und umgekehrt sowie wie groß die grenzüberschreitenden Projekte seien.

Auf Bitten des Ausschusses übersendet Frau Niehoff im Nachgang zur Sitzung einen Überblick über die grenzüberschreitenden Projekte der HWK Lübeck zwischen Deutschland und Dänemark. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 64 Aufnahmen und 13 Entsendungen von Auszubildenden und jungen Fachkräften zu verzeichnen gewesen. Im Jahr 2023 habe der Austausch zehn Entsendungen und fünf Aufnahmen umfasst. Zudem hätten jeweils 15 deutsche und 15 dänische Bäckerazubildende an den Fehmarnbelt Days in Rødby teilgenommen.

Darüber hinaus sei kürzlich ein Erasmus-Plus-KA-II-Projekt der Leitaktion 2 zur Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung erfolgreich abgeschlossen worden. Derzeit befinde sich ein weiteres Projekt zu den Fehmarnbelt-Days 2025 in Lübeck in der Planungsphase, das in Zusammenarbeit mit der Beruflichen Schule des Kreises Ostholstein in Oldenburg und der dänischen Berufsschule „Center for Erhvervsrettede uddannelser Lolland Falster“ (CELF) umgesetzt werde. Zusätzlich sei eine Gruppenfahrt nach Dänemark im Herbst 2025 vorgesehen.

Abgeordnete Pauls fragt nach der Dauer der Anerkennung von Berufsabschlüssen, worauf Frau Niehoff erklärt, ein Büro der HWK gleiche zur Anerkennung des jeweiligen Gesellenbriefs Ähnlichkeiten der Ausbildungsinhalte ab und bestätige die Gleichwertigkeit. Die Vollständigkeit des Curriculums festzustellen, gestalte sich in einigen Ländern schwierig. Bei Lücken lasse sich ein Abschluss schwerlich anerkennen. Von der Abgeordneten nach einer Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens gefragt, etwa wenn wiederholt Abschlüsse gleicher Art geprüft würden, antwortet Frau Niehoff, dass wohl jeder Fall aufs Neue gründlich zu prüfen sei.

Frau Lorentzen ergänzt, die Anerkennung sei bei regulierten Berufen unproblematisch. Bei starken Niveauunterschieden, etwa beruflicher Ausbildung auf der einen, Studium auf der anderen Seite, sei die Prüfung aufwendiger. Ziel müsse aber sein, dass Schleswig-Holstein bei der Anerkennung am schnellsten sei. Attraktivitätssteigerung zur Fachkräftegewinnung gelinge durch Schnelligkeit. Die Anerkennung dürfe beispielsweise wenn eine Erzieherin aus Dänemark komme, nicht drei Monate dauern. Trotz individueller Betrachtung des Lebenslaufs müsse es schneller gehen. Als hilfreich hätten sich Abkommen auf nationaler Ebene erwiesen, wie eine von den Ministerinnen Wanka und Antorini unterzeichnete Erklärung zur Vergleichbarkeit beruflicher Qualifikationen von 2013. Es komme darauf an, das Ergebnis anzuerkennen statt die Ausbildungsverordnungen eins zu eins abzugleichen. Ein gutes Beispiel dafür stelle STARFORCE dar.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Pauls zu Erleichterungen bei den Prüfungsmodalitäten berichtet Frau Lorentzen, die IHK Flensburg erkenne für IHK-Berufe, für die dies erprobt sei, die erste Grundverlaufsprüfung in Dänemark als erste Prüfung an, damit nicht doppelt so viele Prüfungen abzulegen seien. Das die Inhalte vermutlich nicht identisch seien, mache am Ende nichts. Die schriftliche Abschlussprüfung auf Deutsch sei dagegen verpflichtend, während die praktische Prüfung entweder in Deutschland oder in Dänemark im Kurzverfahren abgenommen werde. Sie persönlich wünsche, dass die Abschlussprüfung nicht unbedingt auf Deutsch abgenommen werden müsste, aber davon sei man noch weit entfernt.

Frau Niehoff gibt zu bedenken, dass es sich bei Berufen im Bereich Elektro, Heizung, Sanitär, Klimatechnik und Kanalbau schwieriger verhalte. Ferner erhielten deutsche Betriebe nicht ohne weiteres Aufträge in Dänemark und umgekehrt, da spezielle Genehmigungen benötigt würden. Dies treffe auch für die Grenzregion zu, wengleich sich die ehemalige Außenwirtschaftsberaterin der HWK Flensburg sehr um den Abbau von Hürden bemüht habe.

Abgeordneter Vöge merkt an, im Bereich der Elektrotechnik hole beispielsweise das Unternehmen Habotec seit vielen Jahren Auszubildende aus Süddänemark nach Lübeck.

Abgeordnete Pauls erkundigt sich nach dem Stand der Dinge in der Fehmarnbeltregion zum Thema der Anhörung. – Frau Niehoff meint, es gebe seitens der HWK Lübeck einen regen Austausch mit dem Fehmarnbelt-Ausbildungsbüro, eine Schulpartnerschaft mit der Region Lolland-Falster und eine Ansprechpartnerin für Dänemark. Es würden Workshops und verschiedene Projekte zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung angeboten. Zudem gebe es mehrere Kooperationsprojekte der HWK Lübeck und des EUC Syd.

Frau Lorentzen stellt fest, dass auf dänischer Seite oft kommuniziert werde, die neue Grenzregion am Fehmarnbelt sei erst im Werden, dabei sei sie längst da und liefere eine Chance. Es empfehle sich, die Mobilität in der Region zu steigern, und die IHK Flensburg stehe mit all ihrem Wissen und ihren Erfahrungen unterstützend bereit. Die Zusammenarbeit sowohl mit den Berufsschulen auf dänischer Seite als auch mit den Dualpartnern auf deutscher Seite sei eng. Gerade werde eine neue Broschüre für Partner in der Grenzregion und ganz Schleswig-Holstein aufgelegt, zu allem, was man wissen müsse – von der Müllsortierung bis zu den Feiertagen –, damit es mit der Zeit zu einer Selbstverständlichkeit werde, dänisches Personal einzustellen.

Abgeordneter Vöge trägt mit Blick auf den Fehmarnbelt bei, es verhalte sich dort anders als mit den gewachsenen Strukturen um Flensburg, aber auch diese Region mache sich auf den Weg, etwa indem die Arbeit des Fehmarn Belt Business Council (FBBC) den grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt fördere. Er rechne damit, dass die Entwicklung mit der Eröffnung des Tunnels einen Schub erfahren werde.

Abgeordneter Vöge beklagt im Hinblick auf die Sprachfrage Bürokratie und „Regelungswut“ gegenüber Auszubildenden in Deutschland. Es brauche stattdessen den Geist einer Hilfe zur Selbsthilfe. Er halte es für richtig, die betroffenen Unternehmen darin zu bestärken, selbst die Sprachausbildung zu übernehmen oder auch auf Englisch zurückzugreifen. Er schätze die Bereitschaft im Handwerk da als groß ein, da sonst Ausbildungsplätze unbesetzt blieben.

Abgeordneter Dr. Schunk weist darauf hin, dass die Sprachbarriere immer noch bestehe und Englisch sich ihm nicht als Alternative darstelle. Ihm stelle sich die Frage, warum nicht künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt würde. Zudem böten sich im Grenzland bilinguale Prüfungen

mit je einem deutschen und einem dänischen Prüfer an, um Hemmnisse für Auszubildende abzubauen. Auch schriftliche Abschlussprüfungen in Deutschland auf Dänisch sollten möglich sein.

Frau Lorentzen bedauert, die deutschen Ausbildungsverordnungen seien bundesweit geregelt, sodass für die Grenzregion seitens der zuständigen Stellen, IHK und Handwerkskammer, oder seitens der Landesregierung wenig zu machen sei. Die Abschlussprüfung müsse auf Deutsch abgelegt werden. Eine Ausnahme bilde inzwischen aufgrund des Fluchtgeschehens aus der Ukraine das Ukrainische, etwa für Berufskraftfahrer, die in Deutschland auch dringend gebraucht würden. Es handele sich um ein Beispiel dafür, dass sich Lösungen finden ließen.

Zum Einsatz von KI antwortet Frau Lorentzen, dass in Flensburg digitale Übersetzungsgeräte in der Prüfung zugelassen würden. Dennoch müsse die Prüfung schriftlich auf Deutsch abgelegt werden. Es gelte das Gleichbehandlungsgebot, sodass niemand bevorzugt, ihrer Meinung nach aber auch nicht dadurch benachteiligt werden dürfe, dass er oder sie sich für eine deutsche Ausbildung entscheide.

Frau Niehoff hebt die Bedeutung einer sehr engen Kooperation und Einbindung der teilnehmenden Betriebe hervor. Kritische Punkte, wie dass die Prüfung auf Deutsch abzulegen sei, müssten klar benannt werden. Auch sie sähe dies gern anders geregelt, so Frau Niehoff.

Auf Fragen der Abgeordneten Pauls und Krüger zum SHIBB im Kontext grenzüberschreitender Berufsausbildung leitet Frau Lorentzen ein, die Kammern in Schleswig-Holstein hätten sich gegen den Masterplan Berufliche Bildung positioniert, obwohl sie als Stakeholder angemessen einbezogen worden seien. Sie hätten Kritik an der Systematik und nüchternen Betrachtung von Ist-Zahlen formuliert. Der Standort Flensburg dürfe nicht durch einen Abbau von Ausbildungsverträgen geschwächt werden, der aber zu befürchten sei. Das SHIBB werde an dieser Stelle als nicht kompromissbereit empfunden. Dies sei auch in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Günther adressiert worden.

**Region Sønderjylland-Schleswig, Regionskontor & Infocenter,  
Peter Hansen**

Herr Hansen legt für das Regionskontor und Infocenter dar, dass die Region Sønderjylland-Schleswig als politische Kooperation auf kommunaler Ebene zwischen deutschen und dänischen Gebietskörperschaften zu verstehen sei, und über die letzten 20 Jahre könne er sagen, dass in politischen Gremien stets versucht worden sei, berufliche Bildung grenzüberschreitend zu unterstützen und sozusagen die guten Geschichten nach vorne zu tragen. Heutzutage sei in den Blick zu nehmen, dass es künftig noch weniger und zu wenig Auszubildende geben werde. Wichtig sei, sich nicht gegenseitig zu „kannibalisieren“.

Herr Hansen bestätigt, dass es Probleme mit den regulierten Berufen gebe, für die Anerkennungsprüfungen erforderlich seien. Dies gelte genau genommen sogar für den Erste-Hilfe-Schein. Etwas einfacher verhalte es sich bei den sektoralen Berufen, in denen eine Anerkennung durch die EU vorgegeben sei, zum Beispiel für Krankenschwestern, Anwälte, Architektinnen. Doch gebe es für diese Themenbereiche keine 30 Anfragen jährlich.

Zur Frage der Vergleichbarkeit von Ausbildungen gibt Herr Hansen zu bedenken, dass zum Beispiel eine Erzieherinnenausbildung aus Thüringen aus dem Jahr 2002 auch nicht die gleiche sei wie aus dem Jahr 2007. Jede Ausbildung sei in der Vergangenheit einmal eine andere gewesen.

Herr Hansen schildert die Ausbildungssituation zur Zeit des Baubooms in Dänemark 2008, als Arbeitssuchende aus Deutschland nach Dänemark geholt worden seien. Demnach gelte es, die Anforderungen auch einmal abzusenken, beispielsweise für die Mangelberufe in der Pflege und hinsichtlich der Sprachbarrieren. Ansonsten werde sich schlicht niemand mehr finden.

Herr Hansen schätzt mit Verweis auf die Konkurrenz, die zwischen Arbeitgebern existiere, dass schon eine Stunde Fahrzeit eine Stelle in der aktuellen Arbeitsmarktsituation unattraktiv machen könne. Die Situation in der Grenzregion sei stark an EU-Staatsbürgerschaften gekoppelt, während es spätestens bei Drittstaatsbürgerschaften mit der Mobilität aufhöre. Indem die Mobilität an der Grenze nicht gegeben sei, werde die Region ein Stück weit abgeschnitten.

Anerkennungsprozesse seien ebenso bürokratisch, langwierig wie kostenintensiv und frustrierend. Demgegenüber sei es wichtig, Werbung für die deutsch-dänische Ausbildung zu machen und wechselseitig Deutsch- und Dänischunterricht an den Schulen und auch schon in Kitas zu unterstützen. Es gehe um Treffen über die Grenze hinweg oder beispielsweise darum, dass der Bus für Berufsschüler bezahlt werde, Unterrichtsmaterialien erstellt würden und berufliche Schulen mit deutsch-dänischen Projekten unterstützt würden. Herr Hansen verweist auf das Cross-Border-Panel, das sich als deutsch-dänisches Gremium mit dem Abbau von Mobilitätsbarrieren befasse.

Zur bilateralen Erklärung aus dem Jahr 2013 meint Herr Hansen, es habe keine juristischen Konsequenzen, sich darauf zu berufen. Für die regulierten Berufe biete sich hier keine Hilfe, und darüber hinaus bestünden kaum Probleme.

Herr Hansen schildert das Engagement des Regionskontors für die Fehmarnbeltregion in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, wie der Arbeitsagentur Lübeck oder den beiden Kammern. Seit 2020 gebe es für die Beratung eine Förderung des Landes Schleswig-Holstein. Es gehe um Hilfe für Auszubildende, Austausch und Information. Derzeit sei aus dem dänischen Fehmarnbelt-Ausbildungsbüro aber sozusagen die Luft raus. Einerseits habe es Personalwechsel gegeben, andererseits spiele es eine Rolle, dass dort lange viel passiert sei, aber die Fertigstellung des Tunnels nicht absehbar geworden sei. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Region weit auseinandergezogen und dünn besiedelt sei.

In der Beratung stünden vielfach nicht juristische Fragen im Vordergrund, sondern zum Beispiel auch der Umgang mit Heimweh. Auszubildende aus Dänemark kämen mit ihrem Geld in Deutschland ein ganzes Stück weiter, aber auch die soziale Seite müsse stimmen. Es gelte den Wandel hin zur Generation Z und deren Anspruchsdenken zu ermessen.

Von Abgeordneter Pauls nach der Sozialversicherung und Besteuerung dänischer Auszubildender in Deutschland gefragt, die auf der dänischen Seite der Grenze wohnten, erklärt Herr Hansen, diese würden wie Arbeitnehmer behandelt und dort besteuert, wo sie physisch tätig seien. Da gebe es bisher keine Probleme, wohl aber zum Beispiel Unmut wegen des GEZ-Beitrags. Mitunter bremsten banale Dinge die Mobilität, und da helfe bessere Kommunikation.

Frau Lorentzen führt aus, dass Auszubildenden Gehalt in Dänemark gezahlt werde und sich demgegenüber mit der Ausbildungsvergütung in Deutschland erst einmal nicht locken lasse.

Es gebe aber Modelle, die dies auffingen, beispielsweise einen Ausbildungsfonds in Dänemark, der Auszubildende, die mobil seien, bezuschusse und den Umzug nach Deutschland sowie zu 50 Prozent die Miete im Ausland bezahle. Bei Schulbesuch in Dänemark bekämen sie außerdem das dänische Lehrlingsgehalt.

Frau Lorentzen lobt am Rande, dass es eine Dänemark-Strategie des Landes gebe. Sie wünsche sich aber, dass stärker Ziele, etwa Kennziffern zur Mobilität in der beruflichen Bildung oder Bearbeitungsdauer zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, formuliert würden.

Auf eine Frage des Abgeordneten Balke, wie die Attraktivität der Grenzregion um Flensburg und am Fehmarnbelt sich gerade auch für die jüngere Generation steigern und sichtbar machen ließe, antwortet Herr Hansen, grundsätzlich sei aufgrund des demografischen Wandels damit zu rechnen, dass viel weniger junge Leute da sein würden, die es zu erreichen gälte. Deswegen sei das Thema der Migration und des Zuzugs mit zu bedenken. Herr Hansen referiert als Ansatz „von der Wiege bis zur Bahre“, dass mit deutsch-dänischen Begegnungsprojekten vom Kindergartenalter an begonnen werde, auf dass lebenslange Freundschaften entstünden. Über INTERREG werde der Bürgerprojektefonds zur Förderung deutsch-dänischer Aktivitäten und wechselseitiger Bekanntschaften gefördert und wirke sich potenziell auf den Arbeitsmarkt aus.

Frau Lorentzen betont noch einmal, Dänemark müsse in Schleswig-Holstein eine noch größere Priorität haben. Die Themen, über die Herr Hansen berichte, seien oft an die INTERREG-Region gebunden und würden darüber hinaus kaum kommuniziert. Frau Lorentzen stellt als Vorbild heraus, dass in Odense jedes Kind sich mit Robotik auseinandersetzen müsse. Ähnlich, schwebte ihr vor, müsste das Nachbarland fester Bestandteil der Bildung in Schleswig-Holstein sein.

Abgeordnete Pauls spricht an, dass junge Leute, die nach Dänemark zur Ausbildung oder zum Studium gingen, selten zurückkämen. Andernfalls ließe das Deutsch-Dänische sich selbstverständlicher in Schleswig-Holstein leben, und es täte dem Arbeitsmarkt gut. – Frau Lorentzen bestätigt, dass es schwer sei, junge Leute, die das dänische Bildungssystem kennengelernt hätten, für das deutsche System zu gewinnen. Es gebe derzeit keinen einzelnen Absolventen der dänischen Gymnasien mit einem IHK-Vertrag.

Herr Hansen benennt als das eigentliche Problem, dass die jungen Leute die Region ganz verließen. Es gebe Werbekampagnen, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Der Konkurrenzkampf zwischen den Ausbildungsinstitutionen, sei nicht zu unterschätzen. Indem die Absolventen umworben würden, gehe es auch um Geld.

Abgeordneter Dr. Garg geht auf Frau Lorentzens Appell, sich mit Dänemark überall im Land zu befassen, mit der Frage ein, ob es Erkenntnisse darüber gebe, woher die meisten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner kämen, die eine Ausbildung in Dänemark absolvierten. – Frau Lorentzen geht davon aus, dass viele Pendlerinnen und Pendler einen weiten Fahrtweg auf sich nähmen, um in Dänemark zu arbeiten. Auch Auszubildende kämen vermutlich oftmals nicht aus der Grenzregion, da, wer ins Ausland gehen wolle, weiter weggehe als nur zwei Stationen mit dem Bus.

Gegenüber Dänemark empfehle sich die Erzählung, dass es nirgendwo besser sei, das „Deutschland-Abenteuer“ anzufangen, als in Schleswig-Holstein, so Frau Lorentzen. Dazu gehöre eine vertrauensvolle Behördenzusammenarbeit nördlich und südlich der Grenze. Gerade bei unternehmerischer Tätigkeit seien Geschwindigkeit respektive schnelle Genehmigungen einer der Hauptfaktoren.

Herr Hansen bedauert, dass bezüglich der Pendlerzahlen die Statistiken nur bedingt brauchbar seien. Generell sei es wichtig, mehr über die Nachbarn zu wissen. Dahin gehend habe die Landesregierung mit zwei dänischen Partnern bis 2018 mit Bundeszuschüssen ein deutsch-dänisches Datenportal online gestellt, das leider nur ein Jahr aktiv gewesen sei, weil seitens Dänemark durch eine Gesetzesreform Strukturen im Bereich der Wirtschaftsförderung weggebrochen seien. Dieses Datenportal wieder mit Leben zu erfüllen, etwa aktuelle Arbeitsmarktdaten oder Informationen über freie Ausbildungsplätze zu veröffentlichen, könne allseitig von Vorteil sein.

Der Vorsitzende bedankt sich für das Gespräch und kündigt an, der Ausschuss werde die Vorlagen in einer der nächsten Sitzungen abschließend behandeln. – Er unterbricht die Sitzung von 11:30 Uhr bis 11:50 Uhr.

**2. Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029**

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/2964](#)

**Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa**

Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW  
[Drucksache 20/2988](#)

**Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche**

Alternativantrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 20/2991](#)

(überwiesen am 26. Februar 2025)

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Garg beschließt der Ausschuss einstimmig die Durchführung eines Fachgesprächs zu den drei Anträgen in kleinem Teilnahmekreis von maximal sechs Gesprächspartnerinnen und -partnern. Die Fraktionen werden um ihre Benennungen gegenüber der Ausschussgeschäftsführung bis 19. März 2025 gebeten.

### 3. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/4377](#): Ergebnisse Delegationsbesuch Cherson November 2024

[Umdruck 20/4487](#): Ausgaben FuE + Verfügbarkeit von Fachkräften

[Umdruck 20/4492](#): Arbeitsprogramm Europäische Kommission 2025

[Umdruck 20/4496](#): Follow-up-Projekt mit der FHVD

[Umdruck 20/4514](#): Bericht aus Brüssel vom 27. Februar 2025 zur Plenartagung des AdR

[Unterrichtung 20/228](#): Entschließung des Bundesrates – 3. Jahrestag des Ukrainekriegs

[Unterrichtung 20/230](#): Entschließung des Bundesrates – Rechtssicherheit selbständiger Lehrkräfte

[Unterrichtung 20/231](#): Entschließung des Bundesrates – Reform GVFG und struktureller Rahmenbedingungen bei der Finanzierung SPNV-Infrastruktur

Abgeordnete Pauls regt in Bezug auf [Umdruck 20/4377](#) an, der Ausschuss möge sich über die einzelnen Punkte des Delegationsbesuchs zusätzlich berichten lassen. Abgeordneter Vöge schließt sich dem an; beide beantragen, der Chef der Staatskanzlei Minister Schrödter möge in einer der kommenden Sitzungen über den Delegationsbesuch aus Cherson berichten und einen Ausblick auf den geplanten Fortgang der Partnerschaft einschließlich Zeitplan für den Rest der Wahlperiode geben.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die oben aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

#### 4. Verschiedenes

Einstimmig bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Schunck beschließen die Ausschussmitglieder, die geplante Informationsreise nach Lettland aus extern an den Ausschuss herangetragenen Gründen in den Herbst 2025 zu verschieben, mit Rücksicht auf das Parlamentsforum Südliche Ostsee auf den 6. bis 10. Oktober 2025.

Abgeordneter Krüger holt das Einverständnis des Ausschusses ein, dass er als Europaausschussvorsitzender im April 2025 an einem Workshop der Landesvertretung in Berlin teilnehmen werde.

Auf Anregung des Abgeordneten Vöge kommen die Ausschussmitglieder überein, in einer der kommenden Sitzungen, vorzugsweise am 2. April 2025, ein Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments der im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien über die Auswirkungen der Vorschläge der Kommissionspräsidentin zur europäischen Rüstung zu führen.

Abgeordneter Vöge berichtet von einem Empfang des polnischen Generalkonsuls in Hamburg, der kürzlich anlässlich der polnischen Ratspräsidentschaft stattgefunden habe. Der Austausch, auch mit Personen aus anderen Landtagen und weiteren Personen des öffentlichen Lebens, sei sehr gewinnbringend gewesen. Die Ausschussmitglieder begrüßen die Anregung, den Generalkonsul zum Gespräch in eine Europaausschusssitzung einzuladen.

Der Vorsitzende sagt zu, den Vorschlag des Abgeordneten Vöge an die Landtagspräsidentin heranzutragen, anlässlich des 70. Jubiläums der Bonn-Kopenhagener Erklärungen und einer Befassung des Landtags mit dem Thema, Vertreterinnen und Vertretern der beiden Minderheiten sowie – auf Anregung der Abgeordneten Pauls – die dänische Generalkonsulin Lind zu einem Besuch der Landtagstagung einzuladen.

Der Vorsitzende schlägt vor, im Herbst 2025 den Bürgermeister von Hohenlockstedt in eine Sitzung einzuladen, um im Nachgang zum 75. Finnentag samt Großem Zapfenstreich über die Beziehungen der Gemeinde zu Finnland zu berichten.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Malte Krüger  
Vorsitzende

gez. Svenja Reinke-Borsdorf  
Geschäfts- und Protokollführerin